

**Aus dem Landesverband: Arbeitsgespräch mit Sven Schulze  
Kandidat der CDU für das Europaparlament**

Am 25. Mai findet die Europawahl 2014 statt. Im Verkehrsbereich und hier speziell die Regularien für den Eisenbahnverkehr der Mitgliedsstaaten, werden seit Jahren entscheidend durch Verordnungen und Richtlinien die das Europäische Parlament und der Ministerrat erlässt, geprägt. Dabei wirken Verordnungen als geltendes Recht in jedem Mitgliedsstaat und Richtlinien als Vorgaben die in nationales Recht umzusetzen sind. Aktuell befasst sich das Europäische Parlament mit dem 4. Eisenbahnpaket. Wie bereits mehrfach berichtet hat die EVG konkrete Forderungen in diesen Prozess eingebracht, mit dem Ziel die Beschäftigten und deren Arbeitsplätze bei den Eisenbahnunternehmen vor negativen Auswirkungen der Entwürfe zum 4. EP zu schützen. Dabei haben wir bereits einen Teilerfolg erreicht. Nach massiven Protesten der EVG Mitglieder und Kolleginnen und Kollegen der Gewerkschaften der ETF die am 25.02. in einer Demonstration in Straßburg ihren vorläufigen Höhepunkt fanden, verabschiedete das EU Parlament am 26.02. ein in einigen Punkten geänderten Entwurf. So enthält dieser nun keine Einschränkungen des Streikrechts, keine Trennung von Netz und Betrieb mehr und ermöglicht dadurch den Erhalt konzerninterner Arbeitsmärkte. Genau diese Punkte besprachen Konny Munkelt und Jürgen Geidies am 09.05. mit Sven Schulze. Dabei machten wir deutlich, dass es für uns unabdingbar ist, dass diese Regelungen bei den weiteren Verhandlungen Bestand haben.

Besonders wiesen wir auf die noch offenen Punkte, wie Schaffung eines Rechtsanspruchs auf bestehende Tarif- und Sozialstandards bei Betreiberwechsel, ausreichende Kontrolle von Lenk- und Ruhezeiten und den Einbau von Fahrtschreibern auf den Loks hin.



Sven Schulze machte dabei deutlich, dass er unsere Positionen zu den Arbeitnehmerrechten teilt und sich besonders für hohe Sicherheitsstandards im Eisenbahnbetrieb einsetzen möchte. Ansatzweise besprachen wir weitere Punkte, wie die Verhinderung einer europäischen Superbehörde, den Verbleib der Fahrzeugverantwortung bei den EVU und dem Erhalt der Möglichkeit einer uneingeschränkten Direktvergabe. Grundsätzlich streiften wir auch landespolitische Themen. Hier spielte auch die Situation bei den Harzer Schmalspurbahnen eine Rolle. Sven Schulze sagte zu sich auch hier für zukunftsfähige Lösungen zum Erhalt des Betriebes einzusetzen. Abschließend vereinbarten wir ein weiteres Arbeitsgespräch um weitere Positionen auszutauschen und zu vertiefen.

Jürgen Geidies